

FRAUEN FAHNEN FREIE WORTE

VORMÄRZ UND REVOLUTION 1848 IN AALEN



**Aalener Jahrbuch 1998
Herausgegeben vom Geschichts-
und Altertumsverein Aalen e.V.
Bearbeitet von Roland Schurig**

Wald, aus deinen grünen Zweigen flüstert Trost und strömet Ruh

Wie die Revolution in Aalen begann

Auch wenn die Harmoniegesellschaft Ende Januar 1848 per Anzeige zur Schlittenpartie nach Lauchheim einlud oder die Bürgergesellschaft im Februar für ihren Faschingsball warb, kann dies nicht über die angespannte Lage hinwegtäuschen, die zu diesem Zeitpunkt in Aalen in wirtschaftlicher und zunehmend auch in politischer Hinsicht herrschte. Im Zusammenhang mit der andauernden Krise kam dabei dem städtischen Wald eine besondere Bedeutung zu. Sie stand in einem krassen Gegensatz zu den zahlreichen Beispielen der Romantisierung der kommunalen und staatlichen Baumbestände durch die Literatur seit der Jahrhundertwende. In seiner Ausgabe vom 26. Mai 1846 führte der Bote von Aalen seine Leserinnen und Lesern per Gedicht in eine solche Waldidylle.

»Nimm uns auf in deinen Schatten,
Wald mit jungem Laub geschmückt,
Stärk' die Glieder uns, die matten
Die des Lebens Last gedrückt!
Laß uns, wenn auch nur auf Stunden,
Einmal frohe Menschen seyn,
Die, vergessend ihre Wunden,
Durch der Freude Band verbunden,
nur der Gegenwart sich weih'n« [...]

Wirtschaftsfaktor Forst

Der Gemeinderat betrachtete den Waldbesitz allerdings wesentlich nüchterner. Für ihn war der Forst ein Wirtschaftsfaktor, dessen Ertragslage spürbar zur Verminderung des Defizits der Stadtkasse beitragen konnte. Dementsprechend wurden die Einnahmen aus Forsterträgen während der Jahre 1844 bis 1848 von 1814 Gulden auf 3293 Gulden gesteigert.¹ Dabei ging ein Teil des Holzes in den freien Verkauf

außerhalb der Stadt. Aber auch Aalener Handwerksbetriebe wie Wagner, Küfer und Schreiner bezogen Stämme für ihren Bedarf. Die Rinde der Bäume wurde an die Rotgerber zur Herstellung von Lohe verkauft, Laub- und Nadelstreu an diejenigen Haushalte, die dieses Material für ihre Viehhaltung in den Ställen verbrauchten.

Bei der Kalkulation der Ertragsmöglichkeiten war jedoch immer eine feste Größe in Rechnung zu stellen, die den städtischen Haushalt belastete. Jeder Inhaber des Bürgerrechts hatte Anspruch auf 1 Klafter (ca. 2-3 Kubikmeter) Brennholz pro Jahr, der teils durch Auslichten des Bestandes, teils durch Lesen gewonnen wurde. 1000 bis 1500 Kubikmeter oder über 2000 Raummeter Holz mußten hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Bürger sahen im Wald einen Wirtschaftsfaktor, jedoch eher im traditionellen bzw. im existentiellen Sinn. Neben Nahrung und Wasser war das Brennholz eines der wichtigsten Güter für die städtische Bevölkerung. Das kostenlose Bezugsrecht war gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten noch wertvoller. Die ohnehin begrenzten Mittel der durch Wirtschafts- und Hungerkrise belasteten Privathaushalte mußten zumindest zum Teil nicht für Brennstoffvorräte ausgegeben werden. Dies galt freilich für die in Aalen wohnenden »Ortsfremden« nicht, sie konnten ihren Brenn- und Heizstoffbedarf lediglich durch Bezahlung decken. Mit der Holzabgabe hatte sich nicht nur der Rest eines alten genossenschaftlichen Elements der Stadtgemeinschaft erhalten, dessen wesentlich größeren Umfang in früheren Jahrhunderten Begriffe wie Waldweide oder die Nutzung der Waldfrüchte belegen. In den 1840er Jahren spaltete die Holzabgabe die in Aalen lebende Bevölkerung in Berechtigte und Nichtberechtigte.

Das sensible Gleichgewicht zwischen der Nutz-

barkeit des Forstes und den wirtschaftlichen Interessen, Rechten und Bedürfnissen zu erhalten, war Aufgabe des bereits erwähnten städtischen Waldmeisters und seiner Gehilfen, der Waldschützen. Sie hatten im Auftrag des Gemeinderates die Waldpflege wie auch die Aufsicht im Forst durchzuführen, d.h. daß alle Personen, die von ihnen ohne Genehmigung beim »Holzlesen« oder »Laubrechen« angetroffen wurden, dem Gemeinderat angezeigt wurden und mit einer empfindlichen Geldstrafe zu rechnen hatten. Wie vor allem der Waldmeister - bis zum Frühjahr 1848 ein Mitglied des Gemeinderates - sein Amt versah, hing von seinen Kenntnissen und Fähigkeiten ab. Eine fachliche Betreuung durch die staatliche Forstverwaltung gab es zum damaligen Zeitpunkt noch nicht. Sie übte lediglich die Oberaufsicht aus, indem sie in unregelmäßigen Abständen eine Waldvisitation durchführte.

Wer kontrolliert den städtischen Wald?

Im Februar 1846 teilte der Oberamtmann den Aalener Gemeinderäten die Ergebnisse der im vergangenen Herbst durchgeführten Waldvisitation mit. Dabei wurde festgestellt, daß »sämtliche Gemeindewaldungen in einem schlechten Zustande sich befinden und es dringend notwendig ist, daß die Behandlung sowie die Aufsicht über dieselben einem Techniker übertragen werde«.² Diese Aufgabe sollte der königliche Revierförster Jedele gegen eine Aufwandsentschädigung von 200 Gulden übernehmen. Nach eingehender Beratung beschloß der Gemeinderat im Dezember des Jahres, dem Waldmeister alle nichttechnischen, d.h. die Verwaltungsaufgaben zu überlassen und daneben die Fachkenntnisse des Revierförsters zu nutzen. Allerdings dauerte es ein weiteres halbes Jahr bis der Verantwortliche gewählt war.



In den Gemeinderatsprotokollen Aalens, Wasseralfingens und Dewangens finden sich viele Fälle sogenannter »Waldfrevel«, die in der Regel von Frauen begangen wurden. Holz, das für das Kochen und Heizen benötigt wurde, war teuer und damit gerade für die Ärmeren unbezahlbar.

Am 8. Juni 1847 schließlich ernannte der Gemeinderat den mit einer Gegenstimme aus seiner Mitte gewählten Kaufmann Friedrich Palm zum Waldmeister. Kaum in die Wege geleitet, wurde die Normalisierung der Forstangelegenheiten bereits ein halbes Jahr später erneut dadurch unterbrochen, daß Stadtrat Palm »anderer Geschäfte wegen« zurücktrat.

Die Wahl des neuen Kandidaten am 27. Januar 1848, des Konditors und Stadtrats Leonhard Winter ließ nicht nur keine Besserung der Verhältnisse bei der Holzversorgung erwarten. Der 67jährige war durch Krankheit geschwächt und kaum in der Lage, den Teil seiner Aufgaben, die nur im Freien erledigt werden konnten, auch nur im entferntesten zu erfüllen. Vielmehr war die Wahl auch eine Fehlentscheidung, deren Wirkung auf die Bürgerschaft unterschätzt oder möglicherweise gar nicht bedacht worden war und die die ab Mitte Februar ankommenden Nachrichten über die Revolution in Paris auf fruchtbaren Boden fallen ließ.

Bereits am 1. Februar 1848 war in der noch vom Oberamtmann zensierten Lokalzeitung ein Leserbrief erschienen, der unverhohlen gegen die Entscheidung des Gemeinderats protestierte. Stadtrat Winter legte daraufhin sein Amt nieder. Ob der bereits angesprochene und für die Zensur des Blattes zuständige Oberamtmann Bürger wegen Arbeitsüberlastung, Unachtsamkeit oder ganz bewußt den Artikel passieren ließ, kann heute nicht mehr festgestellt werden. Bemerkenswert ist dagegen, daß er in Winter einen Kandidaten wiedertraf, dessen Wahl bereits sein Amtsvorgänger zu verhindern gesucht hatte. Noch bei Bürgers Amtsantritt im November 1839 war der Streit um die Eignung des Konditors Winter, »der einmal einer Köhlerei vorgestanden« war, nicht beendet.³ Bereits zum dritten Mal war der Kandidat im Gemeinderat gewählt und vom Oberamt abgelehnt worden.

Daß beide Seiten sich schriftlich bestätigten, ihren Standpunkt durchsetzen zu wollen, ist ein deutliches Indiz dafür, daß es im Grunde um etwas ganz anderes ging. Die Auseinandersetzung um den Waldmeister war im Kern eine Auseinandersetzung darüber, wie weit der Einfluß der staatlichen Forstverwaltung in den städtischen Wäldern vorangetrieben bzw. vom Gemeinderat zugelassen wer-

S i e s i g e s.

Zur Wahl eines neuen Waldmeisters.

Der alte, mit den Anforderungen der Zeit und dem allgemeinen Verlangen nach Deffentlichkeit im Widerspruch stehende Grundsatz unserer Gemeinde-Behörde — die Candidaten eines in Erledigung gekommenen städtischen Amtes, bloß innerhalb des Collegiums zu suchen und ja nichts außer demselben unterzubringen — hat sich bei der in der Stadtraths-Sitzung am 27. v. Mts. angeordneten Wahl eines städtischen Waldmeisters, — dessen Gehalt fl. 75 — à Jahr — wieder auf's Neue zu erkennen gegeben.

Sicherem Vernehmen nach, fiel diese Wahl abermals auf ein stadträthliches Mitglied, welches vor Beginn derselben von dem Vorstande als zur Annahme bereit, bezeichnet wurde und zwar, mit einer nahe an Einheit gränzenden Stimmzahl. Wolte man aus diesem Stimmen-Ergebniß einen Schluß auf die Tüchtigkeit des Erwählten ziehen, so müßte kein günstiges Resultat die Folge sein. Wir wollen uns ein Urtheil hierüber nicht vermessen; wenn wir uns aber nicht irren, so wohnt dem Gewählten ein körperliches Gebrechen bei, das ihm, abgesehen von seinem vorgerückten Alter, die volle, getreue Ausübung des übernommenen neuen Berufes, wo nicht unmöglich, doch in hohem Grade beschwerlich machen dürfte, und darum möchte diese Wahl von wenigen Bürgern gebilligt von Vielen aber als eine verfehlt zu betrachten sein.

Leserbrief im Boten v. Aalen, 1. Februar 1848

den konnte. Entsprechend deutlich brachten die städtischen Vertreter in der Sitzung am 6. Februar 1840 ihre Überzeugung zum Ausdruck, »daß die städtischen Waldteile nicht hinter denen, welche durch Forstbeamte verwaltet werden, stehen, mithin der Gemeindewald unter der Oberaufsicht des kgl. Revierförsters auch durch einen Nichttechniker [der Stadt] gut verwaltet werden könne«. Da es nicht möglich war, die Lösung des Problems noch weiter zu verzögern, entschied man sich für einen Kompromiß. Stadtrat Winter wurde als Kandidat vorerst zurückgezogen.

Die Lage gerät außer Kontrolle

Seine Neuwahl 1848 wie auch sein erneuter Rücktritt sowie die Besetzung der Waldmeisterstelle nach öffentlicher Ausschreibung mit dem Tuchmacher Baltes Schweiker sind indes mehr als eine Provinzposse. Sie sind zum ersten das Resultat eines über Jahre dauernden zähen Ringens zwischen Stadt- und Oberamtsverwaltung um einen wesentlichen Aspekt der kommunalen Selbständigkeit. Zum zweiten gewähren die Begleitumstände einen Blick auf eine »Fraktionsbildung« innerhalb der Bürgerschaft. So veröffentlichte der Bote von Aalen am 29. Februar 1848 den folgenden Leserbrief:

(Eingefendet.)

Den 28. Februar 1848.

Den verehrlichen Lesern dieses Blattes ist bekannt, daß vor einiger Zeit Stadtrath A. Winter in hiesiger Oberamts-Stadt zum Controllleur der hiesigen Wald-Einkünfte gewählt wurde. Eine dahier bestehende Faction, welche es sich zur Haupt-Aufgabe macht, die hiesige Gemeinde-Verwaltung fortwährend zu befrüchten und lächerlich zu machen, und bei zu besetzenden Stellen Leute nach ihrer Richtung an das Ruder zu bringen, glaubte in obiger Wahl eine Niederlage ihrer Bestrebungen zu erleiden, und trat daher sogleich in diesem Blatt mißbilligend dagegen auf, indem sie Rache schraubend diese Handlung des Stadtraths als unrichtig, und den Gewählten auf eine wirklich ehrenkränkende Weise als zu dieser Stelle nicht fähig bezeichnete, was denselben sogleich diese Stelle wieder niederzulegen ver-

anlaßte. Der Stadtrath faßte nun hiewauf den Beschluß, (ob durch die dominirende Stellung dieser Faction eingeschüchtert, will man gerade nicht glauben) diese Stelle mit einem andern tüchtigen Mann ausserhalb des Collegiums zu besetzen, und die Bewerber hiezu öffentlich aufzufordern. Die sogenannte Faction versäumte nun kein Mittel, um ihren Protégé an diese Stelle zu bringen, was natürlich bei dessen Verwandtschaft mit den meisten Mitgliedern des Stadtraths ein Leichtes war, und siehe da! ihre Bestrebungen wurden in der heutigen Stadtraths-Sitzung mit dem glänzendsten Erfolg gekrönt. Ob nun derselbe die zu dieser Stelle erforderliche Fähigkeiten besitzt, wird die Zukunft, vor allem aber die oberamtliche Bestätigung im Hinblick auf pag. 116 des Verwaltungs-Edicts beweisen.

Schließlich läßt sich drittens in der letzten Phase des Konflikts um die Waldmeisterstelle sehr gut nachvollziehen, wie eine lokalpolitische Problematik und die sich im überregionalen Rahmen for-

mierende Demokratiebewegung in Aalen aufeinander treffen und eine Verbindung mit nicht mehr zu kontrollierenden Konsequenzen eingehen.

Am 7. März 1848 veröffentlicht die Lokalzeitung das Manifest des Königs zur Ruhe und Ordnung, unterrichtet die Leser über die Aufhebung der Zensur und publiziert neben der Rechtfertigung des Fabrikanten Fürgang, der auf der ersten Volksversammlung in Aalen eine leicht mißzuverstehende Aussage bezüglich »der Auffassungsfähigkeit eines Theils der Gesellschaft« von sich gegeben hat, eine erneute Erwidern in Sachen Waldmeisterstelle. Dieser Artikel schlägt völlig neue Töne an, indem er die bisherige Praxis der Ämtervergabe in Aalen in Frage stellt. Längst sind auch hier Forderungen nach dem Rücktritt der »lebenslänglichen Gemeinderäte« laut geworden und Oberamtmann Bürger beschreibt mit Sorge die Lage in der Stadt. »Die Aufregung ist im Allgemeinen nicht unbedeutend [...] Deutsches Parlament, deutsches Staatsbürgerrecht, Volksbewaffnung, unbedingte Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Hebung von Gewerbe und Handel, Befreiung von Grund und Boden, einfacheres und wohlfeileres Regieren, Aufhebung der Kreisregierungen, Aufhebung der Neusteuerbarkeit, [...] der Vorrechte des Adels und dergleichen sind die Schlagworte. Ich glaube, daß einige dieser Desiderien, soweit sie Württemberg unmittelbar berühren, in Bälde gewährt werden sollten [...] Die Weiber mischen sich auch in die Sache, und das ist immer schlecht [...] Es ist wahrhaft nicht Ängstlichkeit um meine Person, denn ich habe alle Ursache zu glauben, daß ich bei meinen Amtsergebenen nicht verhaßt bin und dann habe ich das, was man Furcht und Mutlosigkeit nennt, in meinem Leben nie gekannt, aber eine einmal zum Ausbruch gekommene Unordnung kann ich mit den jetzt zur Hand liegenden Mitteln und bey der aufgeregten Stimmung nicht so schnell zu Boden schlagen.«⁴

Beate Naffin,
Roland Schurig

Anmerkungen:

¹ StaA R 20-28

² StaA RP 95, S. 50b

³ hierzu wie auch zum Folgenden StaA RP 88 u. RP 89

⁴ STAL E 146/49 Bü 1930